



## **Republik ohne Führung: Deutschland und der „Weltkrieg in Teilen“**

**Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt  
Botschafter a.D.**

**Februar 2024**

### **Zusammenfassung**

---

Unter einer unsicheren und unerfahrenen Führung steht Deutschland vor der Eskalation und Konvergenz gefährlicher Krisen. Ihre Bewältigung hängt vor allem davon ab, ob die demokratischen Parteien Deutschlands noch in der Lage sind, auf parlamentarischer Grundlage eine wirklich handlungsfähige Regierung unter einem führungsstarken Kanzler zu bilden.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Im 75. Jahr ihres Bestehens steht die Bundesrepublik Deutschland vor der gefährlichsten Krise ihrer Geschichte. Ihr Haushalt für das Jahr 2024, gelegentlich „Schicksalsbuch der Nation“ genannt, ist zwar nun geschrieben; dennoch behält sich die Bundesregierung weiter vor, unter Berufung auf Art. 115 Abs. 2 Satz 6 des Grundgesetzes die sogenannte Schuldenbremse, eine zentrale Bestimmung der deutschen Finanzverfassung, wegen des russisch-ukrainischen Krieges zu suspendieren: Eine „außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht“, sei denkbar und möglich.

### Strategische Prognose 2024

Tatsächlich zeichnet sich weltweit eine krisenhafte Zuspitzung ab. Bereits am 9. Januar 2023 hatte Papst Franziskus in seiner Neujahrsansprache das beim Vatikanstaat akkreditierte diplomatische Corps vor einem „Weltkrieg in Teilen“ gewarnt, also vor einer „Notsituation“ im Sinne des Artikels 115, die bei einer weiteren Eskalation als Notstand, ja sogar als Ausnahmezustand zu bezeichnen wäre.

Eine solche Lagebeurteilung bedarf weder akademischer Theorie noch geheimen Wissens. Es reicht aus, Carl von Clausewitz zu lesen und wie er die Schaubühne der Politik genau zu betrachten. Clausewitz beherzigte den Rat Friedrich Schillers, der in seiner Jenaer Vorlesung zur Universalgeschichte dazu aufrief, jene materiellen und immateriellen Kräfte zu studieren, die "auf die heutige Gestalt der Welt und den Zustand der jetzt lebenden Generation einen wesentlichen, unwidersprüchlichen und leicht zu verfolgenden Einfluss haben". Mit ihrer Kenntnis könne der Mensch "mit seinen Schlüssen in die Zukunft vorseilen." Es geht also bei der sicherheitspolitischen Vorausschau auf das Jahr 2024 nicht um die Prognose ungewisser Ereignisse, sondern um die nüchterne, zeitgeschichtlich begründete Analyse der Gegenwart und ihrer absehbaren Folgen.

So ist davon auszugehen, dass im März 2024 Wladimir Putin als Ergebnis einer Wahlsimulation wiedergewählt werden wird, während in der Ukraine die verfassungsrechtlich gebotenen Präsidentschaftswahlen nicht stattfinden können. Ferner werden während des gesamten Jahres das offene Ergebnis der US-Präsidentschaftswahlen sowie die geistige und soziale Verunsicherung der amerikanischen Wählerschaft die internationale Politik beeinflussen. Und schließlich haben die Landtagswahlen in drei mittel- und ostdeutschen Bundesländern zwar keine internationale Bedeutung, aber ihr absehbares Ergebnis kann das gesamte deutsche Parteiensystem und damit auch das sicherheitspolitische Handeln in Berlin nachhaltig erschüttern.

### Krieg in der Ukraine

Die russisch-ukrainische Front ist seit Februar 2022 der verlustreichste Schauplatz des „Weltkriegs in Teilen“, wobei die NATO der Ukraine das strategische Hinterland bietet. Zwar nehmen Streitkräfte der Atlantischen Allianz an den eigentlichen Kampfhandlungen nicht teil, aber ohne ihre Berater und Ausbilder, ohne ihre Waffenlieferungen, nachrichtendienstlichen Informationen und finanziellen Zuwendungen wäre die Verteidigung des ukrainischen Staatsgebiets gegen die Russische Föderation nicht möglich. In aller Offenheit erklärte die deutsche Außenministerin am 29. Januar 2023 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats: „We are fighting a war with Russia“.

Kann die westliche Hilfe 2024 in notwendigem Umfang fortgesetzt werden? Carl von Clausewitz warnt vor einer eindeutigen Antwort: "Der Krieg ist das Gebiet der Ungewißheit; drei Vierteile derjenigen Dinge, worauf das



Handeln im Kriege gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewißheit". Nach dem Fehlschlag des russischen Handstreichs gegen Kiew im Februar 2022 konnte Moskaus Führung im vergangenen Jahr, wenn auch mit Mühe, ihre Position militärisch und politisch konsolidieren. Zwar ließ der Übergang der russischen Streitkräfte zu einer defensiven Operationsführung große Teile der westlichen Öffentlichkeit hoffen, eine erfolgreiche ukrainische Gegenoffensive könne die entscheidende Wende des Krieges bringen. Aber diese optimistische Einschätzung hat sich ebenso wenig bewahrheitet wie die Erwartung einer internationalen Isolierung der Russischen Föderation.

Inzwischen betrachtet ein nicht unerheblicher Teil der internationalen Staatenwelt den russisch-ukrainischen Krieg als machtpolitisch motiviertes Kräfterennen zwischen Washington und Moskau. Angesichts seines offenen Ausgangs zögern viele Regierungen mit einer eindeutigen Positionierung. Einige schlugen sich sogar offen auf die Seite Putins, der am 19. Dezember 2023 in Moskau erklärte, der Plan des Westens, Russland in der Ukraine eine strategische Niederlage beizubringen, sei gescheitert.

Werden vor diesem Hintergrund Donald Trump und seine Gefolgsleute den Krieg zu "Biden's war" erklären und seine Lasten auf die Schultern der Europäer legen? Nicht ohne Grund wächst in Kiew und anderen europäischen Hauptstädten die Sorge, die USA könnten sich wie einst aus Vietnam, dem Irak oder Afghanistan ohne Rücksicht auf ihre Verbündeten zurückziehen. James Bindenagel, ehemaliger US-Diplomat mit langjähriger Europa-Erfahrung, forderte Berlin bereits auf, zusätzliche Leistungen an Kiew einzuplanen, um den erwarteten Abbau der US-amerikanischen Hilfe zu kompensieren.

### Ostasiatische Konfliktlinien

Denn Washingtons Hauptgegner sitzt nicht in Moskau, sondern in Peking, wo die Leitidee einer von den USA geführten, multilateral organisierten Welt grundsätzlich abgelehnt wird. China strebt eine Weltordnung an, in der das „Reich der Mitte“ zum Zentrum einer neuen multipolaren Mächtekonstellation werden soll. Die aktuelle Bedrohungsanalyse der USA beschreibt diesen fundamentalen Gegensatz sehr genau. Er wird sich 2024 auf alle internationalen Ereignisse und Entwicklungen auswirken.

So scharen die USA die NATO, die G 7 und ihre Partner im indo-pazifischen Raum um sich. China wiederum setzt auf die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), den BRICS-Verbund des globalen Südens sowie andere von Peking initiierte, im Aufbau befindliche internationale Foren. Auf allen Kontinenten, insbesondere auf der eurasisch-afrikanischen Landmasse, verfolgt Peking konsequent die Strategie einer *pénétration pacifique*, also einer langfristig angelegten ökonomischen Durchdringung von Wirtschaftsräumen und Gesellschaften. Diesem Ansatz stellt Washington eine militärisch ausgerichtete Eindämmungsstrategie gegenüber.

Die USA konzentrieren ihre Streitkräfte schwerpunktmäßig entlang der ostasiatischen Küste. Zu ihr gehört die koreanische Halbinsel, die seit 1953 durch eine Waffenstillstandslinie geteilt ist, sich aber weiter im Kriegszustand befindet. Dabei erfasst die Waffenstillstandsvereinbarung nicht die von den USA einseitig erklärte, maritime Demarkationslinie im Gelben Meer, wo seit Jahresbeginn 2024 die Spannungen zunehmen. Bereits seit November 2023 waren in der demilitarisierten Zone auf dem Festland verstärkte militärische Aktivitäten beider Seiten zu beobachten. Nordkorea verfügt über Nuklearwaffen und Trägersysteme, Südkorea bleibt auf dem asiatischen Festland das einzige Gebiet mit größeren amerikanischen Heeresverbänden.



An den nördlichen Teilabschnitt der ostasiatischen Konfliktzone schließt sich in südlicher Richtung Taiwan, das Zentrum der internationalen Halbleiterproduktion, an. Die Insel ist ebenso wie Hongkong völkerrechtlich ein Teil Chinas, obwohl die Regierung Taiwans *de facto* wie die eines unabhängigen Staates agiert. Die USA und ihre Verbündeten halten zwar am Grundsatz der "Ein China-Politik" fest und behandeln Taiwan diplomatisch weiter als Teil der Volksrepublik. Aber Washington testet im Rahmen seiner Eindämmungsstrategie immer wieder, ob und in welcher Weise die Insel gegen Peking in Stellung gebracht werden kann. Abzuwarten bleibt, in welcher Weise diese Praxis nach den taiwanesischen Präsidentschaftswahlen vom 13. Januar 2024 fortgesetzt werden wird.

Ähnlich spannungsvoll ist die Lage im Südchinesischen Meer, das Peking als *mare nostrum* beansprucht. Regelmäßig durchqueren amerikanische Kriegsschiffe unter Berufung auf die Freiheit der hohen See das umstrittene Seegebiet. Aber wie würden die USA auf chinesische Fregatten im Golf von Mexiko, der "Badewanne der USA", reagieren? Nicht ohne Grund warnte Admiral James Stavridis, der ehemalige Oberkommandierende der NATO in Europa, in seinem Bestseller "2034" vor einem chinesisch-amerikanischen Nuklearkrieg, der mit einem Zwischenfall im Südchinesischen Meer beginnt.

### Westasiatische Brandherde

Solange es nicht zur offiziellen Anerkennung der taiwanesischen Staatlichkeit durch Washington kommt, vermeidet Peking die direkte Auseinandersetzung mit den USA im indo-pazifischen Raum. Stattdessen folgt die chinesische Führung einer Empfehlung von Meister Sun-tse: Werde dort aktiv, wo der Gegner schwach ist; weiche einer Konfrontation aus, wo er seine Kräfte konzentriert!

Entsprechend dieser Maxime baut China seine Positionen in Westasien aus, also in jener Region, die einst aus europäischer Perspektive als Vorderasien oder als Naher und Mittlerer Osten bezeichnet wurde. Als Ergebnis chinesischer Vermittlung einigten sich im März 2023 Iran und Saudi-Arabien, ihre Streitigkeiten diplomatisch beizulegen. Der iranisch-saudische Ausgleich ermöglichte die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga und den anschließenden Besuch des syrischen Präsidenten Assad in Peking, der mit der Unterzeichnung einer strategischen Partnerschaft zwischen Syrien und China endete. Schließlich öffnete der Beitritt des Iran, Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Ägyptens und Äthiopiens zum BRICS-Verbund die Tür für zunehmenden chinesischen Einfluss im gesamten westasiatisch-afrikanischen Übergangsraum, im Golf und im Roten Meer.

Aber nicht nur China füllt das politische Vakuum, das nach dem Scheitern der US-geführten Afghanistan-Intervention in Westasien entstanden ist. Die vier Regionalmächte Iran, Israel, Saudi-Arabien und Türkei verfolgen ebenso wie die von ihnen unterstützten nichtstaatlichen Akteure mit zunehmender Rücksichtslosigkeit ihre jeweiligen Machtinteressen. In der weitgehend destabilisierten Region mit den drei vom Westen geächteten Staaten Syrien, Iran und Afghanistan muss jederzeit mit unerwarteten Gewaltakten gerechnet werden. Die Geschehnisse um und in Gaza zeigen seit dem 7. Oktober 2023 in beispielhafter Weise, welches Gewaltpotential Konflikte in Westasien entfalten können. So können die Huthis, die vom Iran unterstützte Konfliktpartei des jemenitischen Bürgerkriegs, den Seeweg zwischen Europa und Asien im Roten Meer kurzfristig blockieren. Amerikanische und britische Luftangriffe und eine verstärkte maritime Präsenz sollen westliche Abwehrbereitschaft signalisieren. Aber gegen irreguläre Gegner sind die Wirkungsmöglichkeiten regulärer



Luft- und Seestreitkräfte in Zeit und Raum eng begrenzt. 2021 sorgte bereits ein einziges im Suez-Kanal gestrandetes Containerschiff für spürbare Versorgungsengpässe in Europa.

### **Die Schwäche Europas**

Nicht ohne Grund forderte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron im April 2023 die Europäische Union auf, strategisch autonom zu handeln. Sie dürfe nicht zur Eskalation von Konflikten beitragen, sondern müsse zwischen den rivalisierenden Weltmächten USA und China ihre eigenen Interessen wahrnehmen und verfolgen. Das ist zwar ein naheliegender Gedanke, der aber angesichts der innen- und außenpolitischen Schwäche der europäischen Schlüsselstaaten Frankreich und Deutschland eine Wunschvorstellung bleiben wird, bis die Europäer durch eine Existenzkrise zum Handeln gezwungen werden.

Für ihre Sicherheit im Innern ergeben sich gegenwärtig die größten Risiken aus der unkontrollierten Massenmigration Richtung Europa. Frankreich hat darauf zum Jahresende 2023 mit einer deutlichen Verschärfung seiner Ausländergesetzgebung reagiert. Bundeskanzler Scholz forderte eine verschärfte Abschiebep Praxis und in Brüssel wurde der EU-Asylkompromiss verhandelt, dessen Konsequenzen abzuwarten sind. Auch 2024 werden Millionen von Menschen versuchen, der Hoffnungslosigkeit ihrer Heimat Richtung Europa zu entkommen. Zu den von Gewalt verheerten Ländern gehören vor allem Syrien und Afghanistan. Aber nach dem Winter 2023/24 werden auch die Menschen im Erdbebengebiet entlang der türkisch-syrischen Grenze ihre verzweifelten Blicke auf das wohlhabende Europa richten – und sich auf den Weg machen.

Ähnliches gilt für Westafrika mit seinem enormen, nur schwer zu beziffernden Migrationspotential. Hier signalisierten 2023 der Zerfall der französischen Hegemonie und das militärische Scheitern der internationalen Gemeinschaft in Mali, wie schwierig es werden wird, in der von Gewalt, Dürre und Überbevölkerung heimgesuchten Sahel-Zone noch eine sinnvolle Entwicklungspolitik zu betreiben. Ähnliches gilt für den Gaza-Streifen. In dem großflächig und im Nordteil systematisch zerstörten Gebiet kann es auf absehbare Zeit nur noch um akute Nothilfe für Hunderttausende gehen. Wohin werden sich diese Menschen künftig wenden?

### **Republik ohne Führung**

Die dramatische Verschärfung der internationalen Lage zeichnete sich schon im Februar 2022 ab: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 – und ließ es zu, dass das Verteidigungsressort noch fast ein Jahr lang von einer persönlich und fachlich ungeeigneten Ministerin geleitet wurde. Die einzige Richtlinienentscheidung des Kanzlers nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erfolgte Ende Oktober 2022 und beschränkte sich auf die Verlängerung der Laufzeit dreier moderner Kernkraftwerke um ein Vierteljahr, nachdem die für die deutsche Energieversorgung strategisch wichtigen Gaspipelines in der Ostsee von einer unbekanntenen Macht gesprengt worden waren.

Ist Deutschlands politische Führung heute auf eine weitere Eskalation der Lage besser vorbereitet? Die Spitzen der außen- und sicherheitspolitisch relevanten Ressorts sind, von einer Neubesetzung abgesehen, weiter nach Proporz und Quote, nicht nach fachlicher Kompetenz und Eignung besetzt. Zudem fehlt an zentraler Stelle das Verständnis für die entscheidende Aufgabe - politische Führung: Sie erfolgt nicht auf Bestellung und bedarf nicht der Impulse eines Parteitags, sondern sie ist nach dem Grundgesetz als Richtlinienkompetenz unmittelbar mit



dem Amt des Bundeskanzlers und seinen Amtspflichten verbunden. Der Kanzler ist die Persönlichkeit, die für die strategische Orientierung und Koordination der deutschen Politik verantwortlich ist.

Funktionierende, nachgeordnete Institutionen, die eine schwache politische Führung in kritischer Lage unterstützen und Defizite auf der politischen Leitungsebene ausgleichen könnten, gibt es in Berlin nicht. Das zeigte das desaströse Ende der Afghanistan-Intervention im August 2021. Seit Bundeskanzler Helmut Kohl ist der Bundessicherheitsrat nur noch ein bürokratisches Organ der Rüstungsexportkontrolle und verfügt über kein eigenes, operativ handlungsfähiges Sekretariat. Ressortübergreifende Stabsrahmenübungen unter Leitung des Bundeskanzleramts zur Vorbereitung auf Krisenlagen und den Verteidigungsfall finden schon lange nicht mehr statt. Zwar unternahm 1998 Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Erfahrungen der Balkankriege einen letzten Versuch, in der Tradition von Helmut Schmidt den Bundessicherheitsrat wiederzubeleben. Aber er scheiterte am hartnäckigen Widerstand seines damaligen Außenministers und Koalitionspartners.

So bemüht sich heute lediglich ein kleiner Stab von Mitarbeitern im Auswärtigen Amt um die Bewältigung akuter Krisen. Die Angehörigen der Arbeitseinheit in den ehemaligen Tresorräumen der Reichsbank sind durchweg tüchtig und hoch motiviert. Sie bereiten Evakuierungspläne vor und koordinieren Hilfsaktionen. Aber die ressortübergreifende strategische Vorausschau und die Erarbeitung von handlungsleitenden Optionen für Kanzler und Sicherheitskabinett gehören nicht zu ihren Aufgaben. Wenn politische EntscheidungsträgerInnen die Räume des Krisenstabs betreten und seine Leitung übernehmen, dann tun sie das unter dem Eindruck aktueller Presseberichte und jüngster Medienbilder. Aber sie verfügen, anders als etwa noch der amtierende Bundespräsident und frühere Außenminister, über keine vertiefte sicherheitspolitische Sachkunde und keine Erfahrungen im Konfliktmanagement.

#### Fazit

Die Bundesrepublik steht weiter unvorbereitet vor einem Jahr der Eskalation und der Konvergenz gefährlicher internationaler Krisen. Ihre Politiker scheinen vergessen zu haben, dass das Grundgesetz nicht nur als Antwort auf die Verbrechen des NS-Regimes konzipiert wurde, sondern auch als Gegenentwurf zur Verfassungswirklichkeit der Weimarer Republik. Nach der Weltwirtschaftskrise 1929/30 waren die demokratischen Parteien Deutschlands nicht mehr in der Lage, überzeugende Führungspersonlichkeiten hervorzubringen und auf parlamentarischer Grundlage handlungsfähige Regierungen zu bilden.

Diese Erfahrung veranlasste den deutsch-amerikanischen Historiker Fritz J. Epstein 1963 zur Feststellung: „Es wird immer ein Vorwurf gegen die parlamentarischen Parteien bleiben, dass sie mit ganz wenigen Ausnahmen weder Helden noch Märtyrer, sondern eine zahllose Schar von Mittelmäßigen hervorgebracht haben.“ Angesichts der in Deutschland um sich greifenden Ratlosigkeit und Unsicherheit bleibt zu hoffen, dass mit Epsteins nachdenklich stimmender Erkenntnis nicht auch das künftige Urteil über die Krise der Berliner Republik vorweggenommen wurde.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig als Gastbeitrag in kürzerer Fassung am 2. Januar 2024 in CICERO online.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination der Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amts (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.



*Hans-Ulrich Seidt*